

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE

Umsetzung der Maßnahmen aus dem Armuts- und Reichtumsbericht 2009

Die Bürgerschaft hat am 27. März 2014 mit den Stimmen aller Fraktionen einen Ausschuss zur Bekämpfung und Prävention von Armut und sozialer Spaltung eingesetzt und damit die Dringlichkeit der Problemlage im Land Bremen unterstrichen. Diese ist allerdings nicht neu. Bereits 2009 hatte der Senat einen umfassenden Armuts- und Reichtumsbericht („Lebenslagen im Land Bremen“) vorgelegt. Die Befunde waren überdeutlich. Nach dem Bericht „besteht für ca. 129 000 bis ca. 179 000 Bremerinnen und Bremer ein Armutsrisiko“; des Weiteren „liegt im Land Bremen eine sich verstärkende sozialräumliche Segregation vor“; zum Zeitpunkt des Berichts „erhielten (. . .) fast 30 % der Stadtbremer und 40 % der Bremerhavener Kinder unter 15 Jahren Sozialgeld“; dies galt auch für jeden vierten Jugendlichen zwischen 15 und 18 Jahren. Damit wurden die Befunde unterstrichen, die etwa die Arbeitnehmerkammer, die Wohlfahrtsverbände und die Beratungs- und Selbsthilfeorganisationen seit Jahren vorgelegt hatten: „Armut in Bremen – eine kaum zu ertragende Hypothek auf die Zukunft“ (Arbeitnehmerkammer, Aktualisierung des Armutsberichts von 2004, Juni 2006).

Der Armutsbericht des Senats 2009 enthielt auch eine Zusammenstellung „Maßnahmen aus dem Armuts- und Reichtumsbericht“. Darin waren zu den identifizierten Handlungsfeldern sowohl „weit gediehene Vorschläge“ als auch Forderungen und Vorschläge „an Dritte“ zusammengestellt, mit denen Armut und soziale Spaltung im Land Bremen bekämpft werden soll. Für die Arbeit des Armutsausschusses ist es unerlässlich, eine Bilanz dieses Maßnahmenpakets vorzunehmen: Was wurde umgesetzt, was nicht, und aus welchen Gründen? Ansonsten besteht die Gefahr, dass anstelle einer verbindlichen, mit Zielen, Etappen und notwendigen Ressourcen unterlegten Strategie zur Armutsbekämpfung erneut Maßnahmenlisten zusammengestellt werden, deren Realisierung sich nach dem Engagement der Verwaltung und den Restriktionen der Haushaltspolitik richtet.

Die Zitate in den Fragen sind dem Maßnahmenenteil des Armutsberichts 2009 entnommen. Dabei werden von den 128 aufgelisteten Maßnahmen vor allem solche herausgegriffen, bei denen die Umsetzung möglichst konkret abgefragt werden kann.

Wir fragen den Senat:

Zu 2.2. Einkommen, Schulden und Transferleistungen

1. „Überschuldung verhindern – (. . .) Öffentlich finanzierte Frühintervention für Menschen mit Überschuldungsproblemen.“ Welche öffentlich finanzierten Frühinterventionen für Menschen mit Überschuldungsproblemen sind seit 2009 eingerichtet oder weitergeführt worden, und mit welchem Finanzierungsumfang?
2. „Pfändungsfreies Girokonto – Kontolosigkeit infolge Überschuldung verhindern.“ In welchem Umfang haben alle Bürgerinnen und Bürger im Land Bremen heute die Möglichkeit, ein pfändungsfreies Girokonto einzurichten?
3. „Mehrbedarfe zulassen und die Gewährung von Einmalleistungen ermöglichen.“ In welchem Umfang und wofür gewähren die Jobcenter im Land Bremen seit 2009 Einmalleistungen und Mehrbedarfe? Wie hat sich seit 2009 die Gewährung von Leistungen für Erstausstattung, Klassenfahrten, Mehrbedarfen bei Schwanger-

schaft und kostenaufwendiger Ernährung entwickelt? In welcher Weise hat der Senat die generelle Wiedergewährung von Einmalleistungen und Mehrbedarfen auf Bundesebene als notwendige Änderung im SGB II eingebracht?

Zu 2.3. Erwerbstätigkeit und Arbeitsmarkt

4. „Langzeitarbeitslosigkeit bekämpfen – Beschäftigung ermöglichen. Durch anteilige Förderung von neuen Arbeitsverhältnissen werden kommunale Arbeitsmärkte gestärkt. Eine enge Verbindung zur Sozial-, Umwelt- und Stadtteilpolitik in beiden Städten des Landes wird gewährleistet.“ In welchem Umfang sind seit 2009 neue, sozialversicherte Arbeitsverhältnisse von Langzeitarbeitslosen anteilig gefördert worden? In welcher Weise ist dies mit der Sozial-, Umwelt- und Stadtteilpolitik verbunden worden?
5. „Für die Zielgruppe der schwer vermittelbaren Langzeitarbeitslosen soll (. . .) unter Nutzung des neuen arbeitsmarktpolitischen Instrumentes ‚Kommunalkombi‘ in den nächsten Jahren ein sozialer Arbeitsmarkt mit dauerhaft öffentlich geförderter Beschäftigung aufgebaut werden.“ In welchem Umfang ist seit 2009 das Instrument „Kommunalkombi“ genutzt worden? Welche Schritte für einen sozialen Arbeitsmarkt mit dauerhaft öffentlich geförderter Beschäftigung sind unternommen worden?
6. „Alle jungen Menschen sollten einen Ausbildungsplatz erhalten können.“ Wie hat sich der Ausbildungsplatzmangel seit 2009 entwickelt?

Zu 2.4. Chancen durch Bildung

7. „In der Grundschule wird die Sprachförderung auf vielfältige Weise fortgeführt, insbesondere auch für Kinder mit Migrationshintergrund.“ In welcher Weise wird nach den Vorkursen die Sprachförderung für Kinder mit Migrationshintergrund weitergeführt? Welche personellen und/oder finanziellen Mittel erhalten die Schulen dafür?
8. „Die Quote derjenigen, die allgemeinbildende Schulen ohne Hauptschulabschluss verlassen (9 %), soll bis 2012 möglichst halbiert werden.“ Wie hat sich die Quote seit 2009 entwickelt?

Zu 2.5. Wohnen

9. „Kostengünstiger Wohnraum muss in ausreichendem Umfang zur Verfügung stehen. Im geförderten Wohnungsbau steht dieses Ziel an erster Stelle.“ Wie hat sich das Angebot an kostengünstigem Wohnraum seit 2009 entwickelt?
10. „Bauliche Barrieren im öffentlichen Raum sollen schrittweise abgebaut werden.“ Welche Barrieren im öffentlichen Raum sind seit 2009 abgebaut worden?

Zu 2.6. Gesundheit

11. „Auf der Grundlage einer Analyse weiterer Suchtbrennpunkte im Rahmen der jährlichen Berichterstattung wäre über eine Übertragung des Modells ‚Grünzug West‘ zu entscheiden.“ In welcher Weise ist eine solche Übertragung auf andere Gebiete erfolgt?
12. „Stärkere Einbeziehung und Finanzierung sozialräumlicher Gesundheitsförderung und Prävention im Programm ‚Soziale Stadt‘“. In welcher Weise ist sozialräumliche Gesundheitsförderung seit 2009 im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ betrieben worden?

Zu 2.7. Partizipation

13. „Entwicklung von innovativen Formen, die partizipationsfernen Schichten neue Zugänge ins Engagement und insbesondere zur politischen Partizipation eröffnen.“ In welcher Weise sind entsprechende Ansätze, die sich speziell an partizipationsferne Gruppen richten, seit 2009 entwickelt und erprobt worden?
14. „Es ist geplant, zum Jahr 2010 einen Integrationsfonds einzurichten, in dem Gelder von der EU, nationale und bremische Mittel gebündelt werden. Aus diesem Fonds sollen Projekte finanziert werden, die die Zusammenarbeit von Sportvereinen mit Schulen, die Kooperation von Sportvereinen mit Bildungs- und sozialen Einrichtungen, ganz besonders aber die Integration junger Migrantinnen und

Migranten fördern.“ Ist ein solcher Fonds eingerichtet worden? Welche Projekte wurden daraus finanziert?

Zu 3.1. Kinder

15. „Früherkennungsuntersuchungen erhöhen und somit Vernachlässigung und Kindesmisshandlung früher und zuverlässiger erkennen.“ Wie hat sich die Anzahl der Früherkennungsuntersuchungen seit 2009 entwickelt? Welche Fortschritte sind gemacht worden, Vernachlässigung und Kindesmisshandlung früher und zuverlässiger zu erkennen?
16. „Schwache Kinder stark machen – Risiko und Resilienz. Förderung sozial schwacher Kinder (. . .).“ Welche Ansätze der Resilienzforschung sind seit 2009 aufgegriffen und in praktische Projekte umgesetzt worden? Inwieweit wird Resilienz dabei auch geschlechtsspezifisch gestärkt? Wie werden sozial benachteiligte Kinder systematisch und ausgleichend gefördert?
17. „Einrichtung oder Tagespflege für Kinder von alleinerziehenden Elternteilen auch vor Arbeits- oder Qualifizierungsaufnahme.“ Wie verlässlich ist sichergestellt, dass alleinerziehende, erwerbslose Mütter oder Väter auf öffentliche Kinderbetreuung zurückgreifen können, ohne bereits eine Zusage für Arbeits- oder Qualifizierungsaufnahme zu haben? Bitte nach Alter der Kinder differenzieren.

Zu 3.2. Junge Menschen

18. „Bereitstellung von mehr Ausbildungsplätzen im dualen System.“ Wie hat sich die Zahl der Ausbildungsplätze im dualen System seit 2009 entwickelt?
19. „Langfristig Reduzierung der sogenannten Übergangsförderung zugunsten von vollwertigen Ausbildungen; Anerkennungsregelungen für die duale Ausbildung schaffen; spezielle Angebote für Migrantinnen und Migranten und für junge Mütter.“ Wie hat sich die Zahl junger Menschen im Übergangssystem seit 2009 entwickelt, und welche vollwertigen Ausbildungen sind seither geschaffen worden? Welche speziellen Angebote für Migrantinnen und Migranten und für junge Mütter sind seit 2009 in der Ausbildungsförderung eingerichtet worden?

Zu 3.3. Menschen mit Behinderungen

20. „Schrittweise Umsetzung der Studie ‚Bremen baut Barrieren ab‘, wichtig sind u. a. der Bahnhofsvorplatz und die Domsheide.“ In welcher Weise sind seit 2009 am Bahnhofsvorplatz und an der Domsheide Barrieren abgebaut worden?

Zu 3.4. Ältere Menschen

21. „70 % der Altenwohnungen sind teilweise zu modernisieren, 30 % sollten an andere Gruppen vermietet werden (z. B. Studierende).“ Was ist von dieser Orientierung seit 2009 umgesetzt worden?
22. „Unkonventionelle Projekte im Bereich Wohnen und ambulanter Pflege sollen mit einem Innovationsfonds initiiert und gefördert werden.“ Ist ein solcher Innovationsfonds eingerichtet worden? Welche Projekte mit welchem Mittelumfang wurden daraus gefördert?

Zu 3.5. Migrantinnen und Migranten

23. „Insgesamt gesehen ist die Teilhabe von Migrantinnen und Migranten an der Erwerbsarbeit quantitativ und qualitativ zu verbessern.“ Wie hat sich die Arbeitslosenquote von Ausländerinnen und Ausländer und von Menschen mit Migrationshintergrund seit 2009 entwickelt, und wie die jeweiligen Erwerbsquoten? Bitte differenzieren nach Geschlecht.

Zu 3.6. Wohnungslose

24. „Zusätzliche Plätze in Notunterkunft für obdachlose Frauen.“ Wie viele zusätzliche Plätze sind geschaffen worden?
25. „Sensibilisierung und Fortbildung niedergelassener Ärzte zu gesundheitlichen Folgen und typischen Erkrankungen Obdachloser.“ Welche Maßnahmen zur Sensibilisierung und Fortbildung haben seit 2009 stattgefunden? Wie wird dabei auf die spezifische Situation obdachloser Frauen eingegangen?

Zu 3.7. Frauen

26. „Bedarfsgemeinschaften im SGB II wirken als Modernisierungsbremse in der Geschlechterpolitik, weil sie den Anspruch von Frauen auf eigenständige Existenzsicherung negieren.“ Welche praktischen Konsequenzen sind aus dieser Erkenntnis gefolgt? In welcher Weise hat sich der Senat auf Bundesebene dafür eingesetzt, das Prinzip der Bedarfsgemeinschaft aufzuheben?
27. „Übernahme der Kosten für Verhütungsmittel.“ Wie viele Frauen haben in Bremen und in Bremerhaven seit 2009 von einer kommunalen Kostenübernahme für Verhütungsmittel profitiert?

Zu 3.8. Alleinerziehende

28. „Stärkere Ausrichtung der Landesarbeitsmarktpolitik auf die Zielgruppe. Integration von Alleinerziehenden als Querschnittsziel mit Zielquoten und einer Doppelstrategie zur Zielerreichung.“ Sind in der Landesarbeitsmarktpolitik generelle Zielquoten für Alleinerziehende eingeführt worden? Wie hat sich die Erwerbsquote von Alleinerziehenden seit 2009 entwickelt, und wie die SGB-II-Quote?
29. „Erhalt und Ausbau von niedrigschwelligen Angeboten mit nachbarschaftlichem Netzwerkansatz: Mütterzentren, Häuser der Familie (. . .).“ Wie haben sich die öffentlichen Mittel für Mütterzentren und für Häuser der Familie seit 2009 entwickelt? Welche anderen niedrigschwelligen Angebote mit nachbarschaftlichem Netzwerkansatz, die sich an Alleinerziehende richten, sind seit 2009 eingerichtet worden?

Zu 4. Armut und Reichtum in den Stadtteilen, Ortsteilen und Quartieren

30. „Vermeidung der sozialen Segregation durch die räumliche Konzentration von sozialem Wohnungsbau.“ In welchen Ortsteilen hat seit 2009 sozialer Wohnungsbau stattgefunden, und in welchem Umfang jeweils?
31. „Lokale Beschäftigungsförderung durch die Programme Bremen produktiv und integrativ und LOS-Bremen II fortführen.“ Wie hat sich die Zahl und Dauer der geförderten sozialversicherten Beschäftigung seit 2009 in den Programmen Bremen produktiv und integrativ bzw. im Folgeprojekt „Geförderte Beschäftigung und soziale Stadtentwicklung“ entwickelt? Wie hat sich die Zahl der in LOS II geförderten Projekte seit 2009 entwickelt, und wie waren diese Projekte auf die Ortsteile verteilt?

Übergreifend

32. In welcher Weise (in welchen Gremien und in welchen Senatssitzungen) ist die Umsetzung der im Armutsbericht aufgeführten Maßnahmen seit 2009 bilanziert worden und mit welchen Ergebnissen?
33. Wie hat sich seit 2009 der jährliche Mitteleinsatz in den immer wieder aufgeführten Programmen „Soziale Stadt“, „WiN“, „Bremen produktiv und integrativ/geförderte Beschäftigung und soziale Stadtentwicklung“ sowie „Lokales Kapital für soziale Zwecke (LOS)“ entwickelt, und wie hoch war dabei der Anteil der kommunalen bzw. Landesmittel? In welcher Weise und mit welchem Mittelumfang will der Senat diese Programme fortschreiben?
34. Weshalb ist beim Armutsbericht 2009 (und entsprechend bei den vorgeschlagenen Maßnahmen) keine Kategorie „Familie“ aufgeführt worden? Wie bewertet der Senat die Option, im nächsten Armutsbericht ein Kapitel „Familie“ einzurichten, um der zentralen Bedeutung von Familie (als Lebensort, als soziale und ökonomische Einheit, als Sozialisationsinstanz) gerecht zu werden?
35. Wie bewertet der Senat die Option, bei Deputations- und Senatsvorlagen grundsätzlich die Auswirkungen auf Menschen mit niedrigem Einkommen gesondert zu beschreiben, analog zur Genderprüfung oder der Mittelstandsbetroffenheit?

Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE